

www.pg.blogsport.de

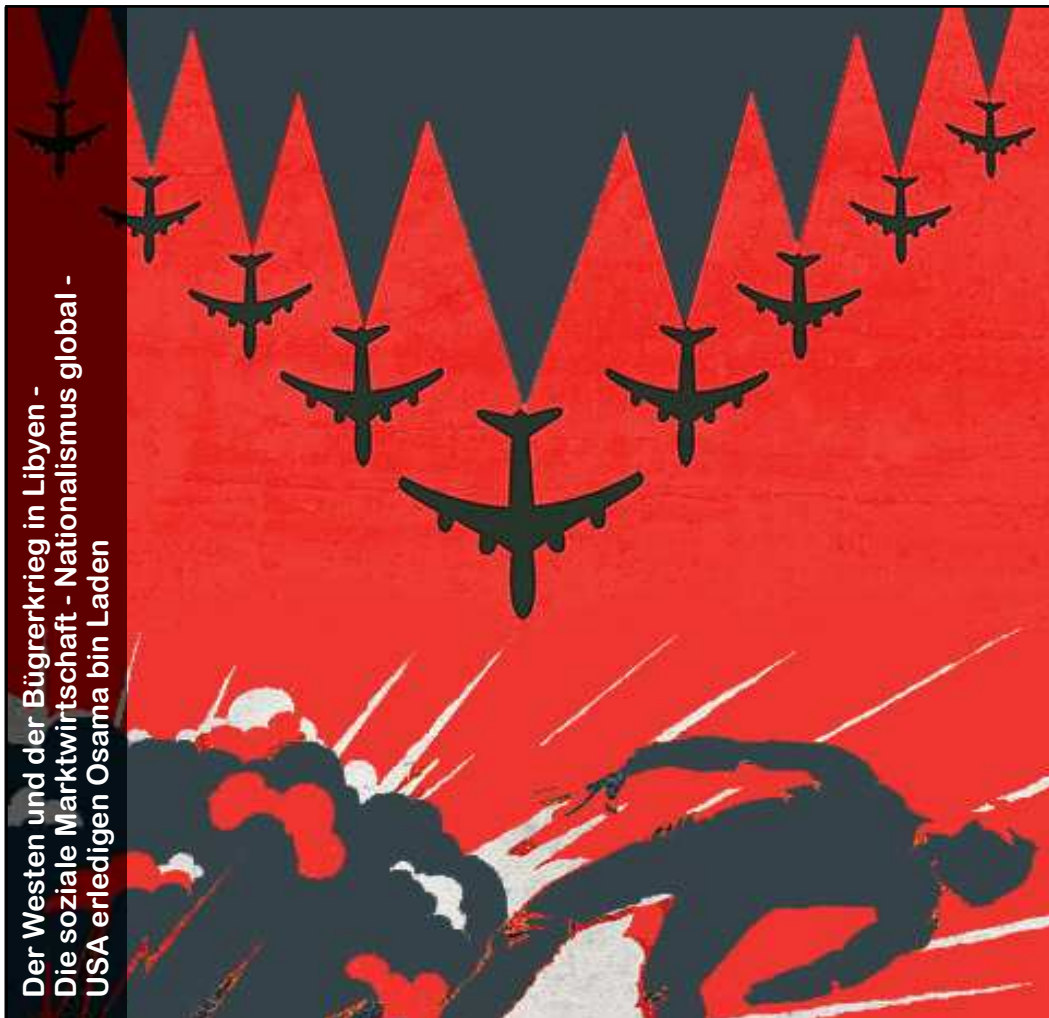
Juli 2011

com [p] act

Zeitschrift der
Politischen Gruppe Erfurt/Jena

2-11

Der Westen und der Bürgerkrieg in Libyen -
Die soziale Marktwirtschaft - Nationalismus global -
USA erledigen Osama bin Laden



Inhalt

.....
.....

Texte

Der Westen und der Bürgerkrieg in Lybien -
Warum Gaddafi weg soll.....Seite 3

Die soziale Marktwirtschaft und
die gesellschaftlich "erwünschte" Armut.....Seite 8

Nationalismus global - Der Ausländer
und das Problem, das er darstellt.....Seite 15

USA erledigen Osama bin Laden -
Triumph und Nutzen gerechter Gewalt.....Seite 26

Buchempfehlungen

Herrmann Lueer:
Warum sterben täglich Menschen im Krieg?.....Seite 13

Weltmarkt und Weltmacht
Hauptartikel im Gegenstandspunkt 3-06.....Seite 22



Der Westen und der Bürgerkrieg in Libyen

Warum Gaddafi weg soll

Die USA und die EU hatten eine UN-Sicherheitsratsresolution zur Ächtung des Gaddafi-Regimes erwirkt: Auf allen vormilitärischen Ebenen sollten diesem immer noch nicht vertriebenen „Tyranen“ und seinem Anhang die Machtmittel aus der Hand geschlagen werden (Konten wurden eingefroren, Sanktionen verhängt) – der diplomatische Respekt ist ihm aufgekündigt worden, eine Anklage vor dem internationalen Gerichtshof wurde vorbereitet. Demonstrativ wurden militärische Verbände in die Gewässer vor Tripolis verlegt und öffentlich Einsatzmöglichkeiten erwogen. „Alle Optionen liegen auf dem Tisch“, ließ US-Außenministerin Clinton verlauten und auch die EU-Mächtigen debattierten öffentlich verschiedene Möglichkeiten von Interventionen. Obama und Rasmussen, der NATO-Sekretär, drohten mit militärischem Eingreifen, falls Gaddafi sich weiter mit Gewalt – womit sonst? – gegen seine Gegner behaupten möchte. Schon damit hatte sich der Westen offen als Partei in einem noch nicht beendeten Machtkampf innerhalb Libyens positioniert und den Sturz Gaddafis bzw. den vollständigen Sieg der Rebellen zu seiner Sache erklärt.

Nun, da Gaddafi nicht klein beigibt, fallen westliche Bomben in Libyen, führen die USA, Frankreich und in ihrem Gefolge eine ganze Reihe wei-

terer westlicher Staaten Krieg gegen den „Diktator“ in Tripolis und die sonst regelmäßig kriegsskeptische Öffentlichkeit steht voll und ganz hinter der mit aller Gewalt moderner Waffen betriebenen „humanitären Intervention“.

Begründungen und Gründe

Die offizielle Begründung für diese eindeutige Parteinahme gegen Gaddafi, in der sich alle wichtigen Staaten des Westens einig geworden sind, lautet: Dieser Mann, der sein eigenes Volk bombardiert, hat damit alle Rechte verloren, sein Land zu regieren. Dass der libysche Staatschef nicht bereit ist, freiwillig die Macht aus den Händen zu geben und sich ins Exil zu verdrücken, stattdessen mit aller in solchen Fällen üblichen Gewalt gegen die Rebellen in seinem Land vorgeht, wird ihm zum finalen Vorwurf gemacht. Die Begründung ist verlogen. Dass es sich nicht gehört, wenn ein Staatschef auf sein „eigenes Volk“ schießen lässt, ist schließlich keine allgemein beherzigte Maxime des Westens – man denke nur einmal an das benachbarte Algerien, wo die per demokratische Wahl an die Macht gekommenen Islamisten gewaltsam niedergemacht wurden, unter lautem Beifall und mit voller Unterstützung der westlichen Regierungen. Würde Gaddafi seine beachtlichen Kampf-

mittel gegen antiwestliche Volksteile einsetzen, fände man das vielleicht bedauerlich, aber unvermeidlich und hilfreich. Umgekehrt geht ja auch der wenig zimperliche Gewalteininsatz der Rebellen gegen Gaddafianhänger (oder Leute aus anderen Ländern, die man für seine „Söldner“ hält) moralisch voll in Ordnung.

Was an Gaddafis Gewalttaten gegen die ihrerseits keineswegs friedliche Rebellion stört, ist der Selbstbehauptungswille eines Herrschers, der die „Zeichen der Zeit“ nicht erkannt hat, die die westlichen Staaten in die aktuelle Umbruchssituation in Nordafrika hineindeuten und praktisch zu machen versuchen. So wenig sie diese Aufstände vorhergesehen oder gar bestellt haben, sehen sie in ihnen mittlerweile Erfüllungsgehilfen des eigenen Interesses an stabilen Regimen mit prowestlicher Ausrichtung; sie setzen darauf, dass demokratische Reformen in den Machtstrukturen dieser Länder diesen Staatswesen mehr Verlässlichkeit implantieren, die Willkür von Autokraten ausschalten (auch wenn sie selbst einiges dafür tun müssen, dass die Revolten genau das zum Ergebnis haben). Gaddafis wirkliches Verbrechen ist, dass er sich diesem Erneuerungsprozess, den der Westen unter Instrumentalisierung der „Freiheitskämpfer“ intendiert, in den Weg stellt. Statt die Notwendigkeit von Reformen einzusehen und seine eigene Abdankung dafür in Kauf zu nehmen, kündigt er – in den ersten Tagen der Auseinandersetzung scheinbar schwer

angeschlagen – einen unerbittlichen Kampf bis zum eigenen Tod an, um dann nach und nach mit immer größerem Erfolg die scheinbar schon sicheren Positionsgewinne der Rebellen wieder zunichte zu machen. Diese Unverschämtheit des „Diktators“ bestätigt für die Aufsichtsmächte des Westens einmal mehr, was sie immer schon an ihm und seinem Regime gestört hat: Ein nationales Programm, das alles andere als Unterordnung unter westliche Bedürfnisse und Ansprüche im Sinn hat, ein Nationalismus, der dagegenhält. Seitdem der Aufstand läuft, addieren sich alle Vorbehalte, die früher oder auch in den letzten Jahren noch gegen Gaddafis Regime geltend gemacht wurden zu dem eindeutigen Votum gegen ihn und zur Entschlossenheit, es auch nach Kräften wahr zu machen. Insofern wird der Bürgerkrieg in Libyen, der ohne westliches Zutun zustande gekommen ist, als ein „Fenster der Gelegenheit“ betrachtet – und behandelt! –, um einen Regimewechsel herbeizuführen.

Was für die Völker gut oder schlecht ist, ist für die westliche Beurteilung der Lage genau so egal wie die Frage, was diese Völker eigentlich selber wollen. Als Großmächte, die ihre wirtschaftlichen, politischen und militärstrategischen Interessen auf jeden Winkel dieser Erde projizieren, nehmen sie es sich einfach heraus, jede Auseinandersetzung zwischen Oben und Unten irgendwo auf der Welt auf sich und ihre Ansprüche zu beziehen und entsprechend Partei zu ergreifen.

Weil sie die Macht und deswegen das Recht dazu haben, tun sie das und reklamieren je nachdem, wie es ihnen passt, die Machthaber oder deren Gegner als ihre Partei. Oder verhalten sich auch mal gleichgültig dazu, egal was an Gewaltorgien abgeht.

Warum Gaddafi die Feindschaft des Westens nie wirklich los wurde

Gaddafi hat seinem Staatswesen vor einiger Zeit einen ziemlichen politischen Schwenk verordnet. Er hat sich von Verfehlungen früherer Jahre (insbesondere dem Lockerbie-Attentat) distanziert, seiner langjährigen Ächtung als „Terrorist“ und der westlichen Blockadepolitik entgegen gearbeitet und ist in der Folge den Interessen und Forderungen der westlichen Staaten in wichtigen Punkten entgegengekommen. Seit Gaddafi seine früheren antiimperialistischen Ambitionen (Unterstützung antiwestlicher Bewegungen in Afrika, Kampf für eine antiwestliche und antiisraelische panarabische Union, direkte einzelne Terrorattacken in Europa) unter dem Druck westlicher Sanktionen und auch angedrohter oder real gemachter Militärschläge demonstrativ zurückgeschraubt und auch sein Bemühen um eine atomare Bewaffnung seiner Streitkräfte aufgegeben hat, ist er von der schwarzen Liste der „Terrorstaaten“ gestrichen worden. Der diplomatische Kontakt seitens USA und EU wurde ein Stück weit „normalisiert“; es fanden Staatsbesuche statt, bei denen der Oberst mit allen – für den Ge-

schmack der Medien eher mit zu viel – diplomatischen Ehren empfangen worden ist (Paris z. B. schämt sich jetzt nicht nur für seine Kontakte zum tunesischen Herrscher, sondern ganz besonders auch für den pompösen Auftritt Gaddafis mit seiner Entourage an der Seine). Öllieferungen aus Libyen (die ja auch in Zeiten der Ächtung nicht aufgehört haben) wurden natürlich genauso mitgenommen wie die Repatriierung der Petrodollars (libysche Beteiligungen am Kapital europäischer Konzerne und Banken) oder die wachsenden Geschäftsgelegenheiten auf libyschem Hoheitsgebiet (Autobahnbau, Plan eines Atomkraftwerkbaus etc.). Und es gab nicht nur wirtschaftliche Zusammenarbeit. Gaddafi hat auch auf anderen Feldern Punkte gemacht, etwa in der Kooperation seiner Geheimdienste mit der CIA in Sachen Terrorbekämpfung (Al-Kaida in Nordafrika) oder in der Kooperation mit der EU bei der gewaltsamen Fernhaltung afrikanischer Elendsflüchtlinge durch Abriegelung der Fluchtwege übers Mittelmeer. Und die EU berichtet auf ihren Online-Seiten über einige Erfolge beim Versuch, Gaddafi durch Kooperationsabkommen bilateraler Art, in denen sie ihr „Know How“ in Sachen Rechtsstaatlichkeit, Privatisierung der Wirtschaft oder auch Aids-Bekämpfung gegen Gehorsam zu tauschen bemüht war, auf sich und ihre Interessen auszurichten.

Trotzdem genügt all das den westlichen Ansprüchen offensichtlich nicht.

All diese für den Westen durchaus nützlichen Funktionen seines Staates haben Gaddafi nämlich nie den Verdacht erspart, auch nach seiner 'Bekehrung' kein wirklich berechenbarer Partner des Westens zu sein und sein zu wollen. Das liegt auf der einen Seite am Anspruchsniveau imperialistischer Mächte, an ihrem umfassenden Aufsichts- und Kontrollinteresse gerade gegenüber Staatswesen, die auf „ihren“, d. h. auf von ihnen beanspruchten, Rohstoffquellen sitzen. Und es liegt auf der anderen Seite daran, dass der libysche Führer seine nationalen Ziele nicht auf das Maß herunterschrauben wollte, das die Westmächte für ein Land wie das seine als passend ansehen – trotz aller Zugeständnisse, zu denen er sich unter Druck durchgerungen hat. Die Widerständigkeit seiner Art der Machtausübung zeigte sich an verschiedenen Indizien: Gaddafi lehnte die Mittelmeerunion, mit der die EU die nordafrikanischen Staaten wirtschaftlich wie politisch in ihren funktionalen Hinterhof verwandeln möchte, als unrechtes Dominanzstreben ab. Den Preis für die Hilfestellung in der Flüchtlingsbekämpfung wollte er hochtreiben und drohte mit Folgen, falls nicht gezahlt würde. Auch die demonstrativen diplomatischen Auftritte vor der UNO, das Sympathisieren mit 'Outlaws' der westlichen Weltpolitik wie Chávez, gaben und geben zu denken. Und selbst Kleinigkeiten wie das Beharren auf bestimmten Ritualen (Aufstellen des Beduinenzelts in Europas Metro-

polen statt Benutzen der Hotelsuite) – von der Presse zum Teil als folkloristischer Schnickschnack und bloße Eitelkeit des Wüstenherrschers eingestuft – belegen für die Westpolitiker einen eigentlich nicht hinnehmbaren Willen zur Eigenmächtigkeit, den sich der gute Mann nicht abschminken mag. Den Verdacht, alle Zugeständnisse an den Westen nur unter Druck und aus Berechnung, nie aus Überzeugung gemacht zu haben, wird er nicht los.

Gaddafi muss weg - fragt sich nur, wie

Der Westen hat immer alles Mögliche getan, um Gaddafis Unhandlichkeit (und bleibende politische Gefährlichkeit) einzuhegen und ihn zu domestizieren. Jetzt ist der gar nicht bestellte Aufruhr im libyschen Volk die willkommene Gelegenheit, das Problem an der Wurzel zu packen und ein für alle Mal los zu werden. Die Rebellen gegen Gaddafis Herrschaft werden, ohne dass man sie dafür zu befragen hätte, als Exekutoren des westlichen Umsturzwillens verbucht. Man erwartet von ihnen, dass sie – auch ohne Auftrag des Westens – die vorgesehene Rolle spielen, den „Diktator“ niederkämpfen und dann eine neue Staatsgewalt errichten, die zu nichts anderem da ist als dazu, die westlichen Interessen und Ansprüche besser zu bedienen. Dass sie dafür Sechzehnjährige, die von nix eine Ahnung haben und begeistert ihr Leben im Kampf riskieren wollen, in einen

blutigen Krieg schicken, wird in diesem Fall nicht als Skandal genommen, sondern als Beleg für die Bösartigkeit des Tyrannen, gegen den einfach jeder antreten muss.

In dem Maße, wie die Aufständischen schon den ersten Teil der für sie vorgesehenen Mission nicht so recht hinkriegen und Gaddafis Kräfte sogar Terrain zurückgewinnen, wird der Westen unruhig und sieht sich selbst als Macht herausgefordert, um die Lage im eigenen Sinne zu entscheiden. Natürlich ist Krieg das letztlich

entscheidende Mittel, um den Frieden herzustellen, den man möchte. Lieber wäre es dem Westen zwar schon, wenn die Rebellion auch ohne Militäreinsatz der USA bzw. der NATO, nur unterstützt durch die vom Sicherheitsrat verhängten Sanktionen und andere vormilitärische Angriffe auf Gaddafis Macht, vielleicht ergänzt um Waffenlieferungen, zum Erfolg käme. Aber Weltaufsichtsmächte lassen sich durch Risiken aller Art, die so ein Einsatz mit sich bringt offensichtlich nicht abschrecken – das militärische Eingreifen

der USA, Frankreich und anderer westlicher Staaten zeigt, wie frei damit kalkuliert wird.

Wann ein eigenes kriegerisches Zuschlagen für passend erachtet und dann alle Bedenken, die seinerzeit noch in aller Öffentlichkeit hin und her gewälzt wurden, beiseitegeschoben werden, das haben die Aufsichtsnationen ganz unter sich ausgemacht. Die passende moralische Begleitmusik, dass es sich dabei um die aus humanitären Gesichtspunkten notwendige „Rettung des libyschen Volks“ vor seinem irren Schlächter handelt, wird dazu passend mittlerweile unaufhörlich auf allen Kanälen intoniert.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahrszeitschrift

3-06

Imperialismus heute

Weltmarkt und Weltmacht
Von der globalisierten Zivilgesellschaft
und ihrer antiterroristischen Kriegskultur

„Die Haupttendenzen auf der Welt sind Frieden und Entwicklung“
China will Weltmacht werden

Die neue „strategische Partnerschaft“ USA-Indien
Indien – als Großmacht von Amerika gefördert und gefordert

Amerikanische Energiepolitik 2006
Eine Fallstudie zum „dual use“ von Energie

Die Demokratisierungskarriere des Irak
Vom ‚Schurken-Staat‘ zum ‚failed state‘

34-Tage-Krieg im Libanon
Israel verteidigt sein Existenzrecht
als regionale Supermacht

Weltwirtschaftsgipfel in St. Petersburg
The good and the ugly

Deutsche Soldaten als Wahlhelfer im Kongo
Ein Einsatz für mehr europäische Weltordnungskompetenz

Die „schwarz-rot-geile Fußballparty“
Das Opium fürs Volk, die Dröhnung für die Herrschaft

ISSN 0941-5831 216 Seiten € 15,-
Ab sofort im Buchhandel erhältlich

erhältlich unter:

www.gegenstandpunkt.com

Bestellungen beim Gegenstandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München
Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05

Email: gegenstandpunkt@t-online.de Internet: www.gegenstandpunkt.com

V.i.S.d.P.: Gegenstandpunkt Verlag GmbH, B. Schumacher, Augustenstr. 24, 80333 München, E.F.S.

Die soziale Marktwirtschaft und die 'gesellschaftlich erwünschte' Armut

Das Dogma vom freien Markt, der alles dann am besten regelt, wenn nicht in ihn "eingegriffen" wird, hat seit der Finanzkrise etwas an Popularität eingebüßt – praktisch und theoretisch: Praktisch, weil seit dieser Zeit die Politik kräftig am "Eingreifen" ist, staatliche Rettungspakete, Schutzschirme und Konjunkturprogramme ins Werk setzt, um die marktwirtschaftliche Geschäftstätigkeit in Gang zu halten. Theoretisch, weil sich seitdem die ökonomischen Sachverständigen öffentlich den Kopf darüber zerbrechen ob sie das – marktwirtschaftstheoretisch betrachtet - soll, muss oder darf.

Darf sie, so teilte uns ein Beitrag im Feuilleton der FAZ mit, und soll sie sogar, damit "der Markt wirklich sozial wird".

Was der Markt (nicht) leistet

Mit seinem Urteil beruft sich der Feuilletonist der FAZ auf den "Erfinder" der "Sozialen Marktwirtschaft". Der hieß Alfred Müller-Armack und verfasste 1946 ein Werk mit dem Titel "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft", in dem er die Marktwirtschaft als das jeder wirtschaftlichen Planung unbedingt vorzuziehende Wirtschaftssystem propagierte – wegen ihrer hohen ökonomischen "Leistungsfähigkeit" und der Freiheit des

Individuums. Der Markt solle, so referierte die FAZ, "besser als jedes andere System" für Produktivität und Reichtum, führe allerdings "mitunter" zu "gesellschaftlich unerwünschten Einkommens- und Vermögensverteilungen". Dass der produzierte Reichtum gar nicht mitunter, sondern regelmäßig dort landet, wo sich im Ausgangspunkt schon Geld bzw. Kapital befindet, ist in einer Gesellschaft, die marktwirtschaftlich wirtschaftet, allerdings auch nicht unerwünscht. Kapitalvermehrung ist schließlich der Zweck der ganzen Veranstaltung. Dass die Mehrheit der Bevölkerung allerdings ebenso regelmäßig in aller Freiheit der Marktgesetze von einem Einkommen leben muss, das für das Lebensnotwendige nicht reicht, und dass sie deshalb ihre Funktion als Arbeitnehmer und Staatsbürger nur eingeschränkt oder gar nicht erfüllen kann, das stört die Macher dieser Gesellschaft schon – mitunter jedenfalls. Müller-Armack weiß, was da zu tun bzw. zu unterlassen ist.

In gar keinem Fall darf der "Marktmechanismus" beeinträchtigt werden. Das wäre dann der Fall, wenn die Politik Preise anordnete, zu denen die armen Menschen sich das Zeug, das sie brauchen, auch leisten könnten, oder wenn sie ihnen ein

ausreichendes Einkommen garantierte. Preis-, Miet- und Lohnbindungen lehnt der “geistige Vater” der Sozialen Marktwirtschaft entschieden ab. Derartige Maßnahmen wären nämlich ganz schlecht für die Effektivität des Marktes, auf dem das “freie Spiel von Angebot und Nachfrage” zu Preisen führt, die “die zentrale Rolle bei der Anzeige von Knappheitsverhältnissen” spielen.

Das behauptet jedenfalls Müller-Armack (und mit ihm die VWL bis heute): Ein hoher Preis hat seinen Grund darin, dass ein Gut “knapp” ist. Deshalb kriegen es nur ein paar Wohlhabende, die diesen Preis bezahlen können. Ein hoher Preis führt aber auch zu einem steigenden Angebot an diesem Gut, das dann nicht mehr knapp ist, weshalb sein Preis runter geht und weniger Wohlhabende es sich auch leisten können. So will es in der wirtschaftswissenschaftlichen Modellwelt das “Gesetz von Angebot und Nachfrage” – und so ist es auf dem realen Markt keineswegs.

In den vergangenen Jahren waren Autos beispielsweise alles andere als knapp. Massenweise konnten produzierte Neuwagen nicht abgesetzt werden, weil sie für viele Leute, die durchaus ein neues Auto brauchen könnten, zu teuer waren. Trotzdem sanken die hohen Preise nicht, jedenfalls nicht so weit, dass sie zur Zahlungsfähigkeit dieser Nachfrager gepasst hätten. Um die Befriedigung

von Nachfrage geht es nämlich dabei gar nicht. Nachfrage zählt nur wenn sie zahlungskräftig ist. Zahlungskräftige, denn nur so taugt sie als Mittel der Erzielung von Gewinn. Dementsprechend werden die Marktpreise kalkuliert: Mit dem Verkauf soll ein Überschuss über die Produktionskosten erzielt werden. Wenn diese Preiskalkulation nicht aufgeht, die Waren zu diesem Preis nicht verkauft werden können, unterbleibt ihr Verkauf. Damit stellt sich ihre Produktion, die ja sachlich ein Erfolg war – schließlich hat sie eine Menge gebrauchsfähiger Güter erzeugt – als marktwirtschaftlicher Fehlschlag heraus. Für den Konsum stehen diese Güter deshalb nicht zur Verfügung. Ressourcen und Arbeit, die für ihre Herstellung nötig waren, waren vergeblich aufgewendet; nicht, weil niemand diese Güter konsumieren wollte, sondern weil die Preiskalkulation ihrer Hersteller nicht aufging. Was nicht gewinnbringend verkauft werden kann, ist in der Marktwirtschaft schlicht wert- und nutzlos. Von Knappheit an Gütern, die der Preis “anzeigen” müsste, also keine Spur! “Knapp” ist nur das Geld der Armen, die der Preis der Waren am Konsum hindert. Überproduktion von Waren, die auf dem Markt nicht abzusetzen sind, neben einer Vielzahl von Armen, denen es an diesen Produkten fehlt: Das ist das schäbige Produkt der “hohen Leistungsfähigkeit”, für die die Liebhaber der Marktwirtschaft dieses System so gerne loben.

Die behaupten nun, dass dieses Missverhältnis ein zwar unschönes, aber notwendiges Zwischenergebnis im “Spiel von Angebot und Nachfrage” sei, das aber “der Markt” selbst korrigiere. Findige Anbieter würden ihre Kalkulation nämlich der Geldknappheit bei den Nachfragern anpassen und Billigprodukte auf den Markt werfen, die diese sich leisten können – und schon sind Angebot und Nachfrage wieder auf bestem Weg zum Gleichgewicht. Bloß: Welche Anbieter nun “findig” genug waren, stellt sich wiederum hinterher, nämlich in bekannt “effizienter” Weise nach der Produktion auf dem Markt heraus. Der ist, wie immer, so auch in diesem Fall, bevölkert von Geschäftsleuten, die alle bestrebt sind, ihre Produktionskosten so weit zu senken (die Kosten wohl gemerkt, nicht etwa, wie die VWL gerne glauben machen möchte, den Ressourcenverbrauch), dass sie die Konkurrenten preislich unterbieten und aus dem Markt drängen können. Anbieter, die da unterliegen, können einpacken. Ihre Produkte bleiben liegen, ihre Produktionsanlagen sind als unrentabel auszumustern und Leute, die da gearbeitet haben, verlieren deshalb ihre Existenzgrundlage.

Sachlich zeichnet sich die Marktwirtschaft also durch eine grandiose Verschwendung von materiellem Reichtum bei gleichzeitiger massenhafter Verarmung aus. Beides ist effizient für die Erwirtschaftung von Profit, aber eben auch nur dafür.

Wie seine Leistungen zu “korrigieren” sind

Auf diese “ökonomischen Leistungen” der Marktwirtschaft will Müller-Armack nichts kommen lassen. Die “Automatik des Marktes” sei, so beteuert er, ein “überaus zweckmäßiges Organisationsmittel“. Das Resultat allerdings, das sie hervorbringt, hält er für korrekturbedürftig: “Es war ein folgenreicher Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen“.

Eigentlich liegt ja nun der Gedanke nahe, dass an den Zwecken der Marktwirtschaft etwas faul sein muss, wenn sie, zweckmäßig betrieben, zu solch unbefriedigenden Ergebnissen führt. Die “marktwirtschaftliche Verteilung” führt ja gar nicht ausnahmsweise, sondern beständig zu Reichtum auf der einen und Ausschluss von vorhandenem Reichtum auf der anderen Seite. Denn Anbieter und Nachfrager betreten als Privateigentümer den Markt schon mit der Voraussetzung, dass die einen Kapital und damit Produktionsmittel besitzen und die anderen eben nicht. Diese müssen, weil sie damit von deren Nutzung ausgeschlossen sind, den Besitzenden ihre Arbeitskraft anbieten. Die wird von denen nur nachgefragt, wenn sie so billig ist, dass ihre Käufer mit ihrer Anwendung Profit erzielen.

In der Markttheorie von Angebot und

Nachfrage kommt das alles so nicht vor. Da agieren "Leistungsbringer" mit unterschiedlichen "Qualitäten" – der eine hat kräftige Oberarme, ein anderer kann gut rechnen und ein Dritter hat eben viel Geld. Das führt, so die Theorie weiter, zu einer "Einkommensverteilung", die Alt- und/oder Neoliberale als schwer in Ordnung, weil irgendwie leistungsgerecht, propagieren. Andere Markttheoretiker sehen das mit der unterschiedlichen Leistung im Prinzip genauso, stehen aber dem Ausmaß der so erzeugten Armut kritisch gegenüber. Zu denen gehört Müller-Armack. Er erteilt der Politik den Auftrag, für die "notwendige Rücksichtnahme auf sozialethische Prinzipien" zu sorgen und die "marktwirtschaftliche Einkommensverteilung" zu korrigieren, dabei aber auf keinen Fall in den "Marktmechanismus" einzugreifen, der diese Verteilung hervorbringt.

Das geht so: "Wenn auf dem Weg der Besteuerung die höheren Einkommen gekürzt und die einlaufenden Beträge etwa in Form von direkten Kinderbeihilfen, Mietzuschüssen, Wohnungsbauzuschüssen weitergeleitet werden, liegt geradezu der Idealfall eines marktwirtschaftlichen Eingriffs vor." Sehr ideal: Wenn die Marktwirtschaft dafür sorgt, dass viele Marktteilnehmer von einem Einkommen leben müssen, das nicht mal fürs Wohnen und das Großziehen von Kindern ausreicht, dann ist ihr das einerseits nicht vorzuwerfen. Es entspricht aber andererseits, wenn's allzu dolle kommt,

nicht den "Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens", die Müller-Armack verwirklicht sehen möchte. Zu denen gehört es, dass auch Niedriglohnempfänger irgendwie ausgeschlafen und gewaschen am Arbeitsplatz erscheinen und den "gesellschaftlich erwünschten" Nachwuchs produzieren können. Sozialethisch betrachtet darf ihre Armut nur so groß sein, dass sie ihnen die Erfüllung dieser sozialen Aufgaben nicht verunmöglicht. So viel "Wohlstand für alle" muss sein und deshalb muss der Staat eine nachträgliche "Vermögensumverteilung" vornehmen, indem er die Reichen besteuert und die Armen bezuschusst. Dieser Fall von "marktwirtschaftlichem Eingriff" ist für Müller-Armack deshalb "ideal", weil er zu seinem Marktmodell passt: Wenn sich die so Bezuschussten auf den Markt begeben und nachfragen, dann wird die freie Preisfindung nicht beeinträchtigt. Die "Regeln", die die Markttheorie aufgestellt hat, sind nämlich nicht verletzt, wenn die Politik den Reichen etwas Geld wegnehmen, um es den Armen zu geben. Wer da als Nachfrager auftritt und was der dann nachfragt, ist schließlich völlig egal für das "freie Spiel" von Nachfrage und Angebot, für das die Wirtschaftswissenschaft die ideale Grundregel aufgestellt hat, dass beide sich immer einander anpassen und damit alles ins Lot bzw. Gleichgewicht kommt. Insofern gibt es also keinerlei "Marktproblem" bei der Vermögensumverteilung.

In der realen Sozialen Marktwirtschaft geht es aber gar nicht um die Anzeige von Knappheit, den Einklang von Angebot und Nachfrage und ähnliche Erfindungen. Da geht es um Kapitalwachstum, also um Geld, das einzig und allein deshalb in die Produktion investiert wird, um es zu vermehren. Und dafür ist es von entscheidender Bedeutung, dass ein Großteil der Bevölkerung über kein Vermögen und kein Einkommen verfügt und deshalb kostengünstig als Produktionsfaktor zu haben ist. Dass diese Leute "Anbieter" besonderer Art sind, wird durchaus deutlich, wenn Müller-Armack den Mindestlohn thematisiert: "Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im Wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden."

Wieso ist eine staatlich festgelegte Lohnuntergrenze "marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch", wenn Preisbindungen generell ein Vergehen gegen die marktwirtschaftliche Effizienz darstellen? Aus der Markttheorie ergibt sich das zwar nicht, aber für den Markttheoretiker eben dann doch: Auf dem Arbeitsmarkt werden Preise erzielt bzw. gezahlt, deren geringe Höhe mit den "sozialethischen Prinzipien" eines Wirtschaftsfachmannes schon einmal schwer vereinbar sein kann. Warum es solche Löhne gibt, interessiert ihn allerdings nicht: Gegenüber stehen sich da nämlich die Anbie-

ter von Arbeitskraft, die wegen ihrer Besitzlosigkeit auf jeden Lohn angewiesen sind, und die Nachfrager nach Arbeit, die dafür nur so viel zahlen, dass ihre Gewinnkalkulation aufgeht. Es handelt sich da in aller Freiheit um ein materielles Erpressungsverhältnis, in dem die eine Seite ihr Angebot nur um den Preis des Existenzverlustes zurückziehen kann, weswegen die andere bei der Erzielung eines günstigen Kostpreises leichtes Spiel hat. Weil es auf den Geschäftserfolg dieser Seite ankommt, muss die Politik, so der Volkswirtschaftler, bei ihren sozialethischen Maßnahmen schwer aufpassen. Am besten geht das, wenn sie die Unternehmen auf die Sozial- und Lohnkosten festlegt, die das durchschnittlich gewinnträchtige Unternehmen sowieso bezahlt. Dieses Armutsniveau ist in jedem Fall "marktkonform".

Buchempfehlung:

Hermann Lueer

Warum sterben täglich Menschen im Krieg?

Die Auffassung, dass Krieg zur Sicherung von Frieden und Freiheit erforderlich ist, ist weit verbreitet, sonst gäbe es die Unterstützung der Kriegsvorbereitungen in Friedenszeiten nicht. Der Wunsch nach Frieden ist ebenso weit verbreitet. Grund genug, sich um den Inhalt des Friedens zu kümmern, dessen Verteidigung Krieg wert sein soll. Die weltweite Kriegsbereitschaft fängt schließlich nicht erst an, wenn auf beiden Seiten der Verteidigungsfall ausgerufen wird. Kriege werden im Frieden vorbereitet. Es ist nicht erst der Kriegsdienst, sondern bereits das ganz normale bürgerliche Leben, über das mit Arbeit, Steuern und demokratischen Wahlen die Kriegsfähigkeit der Nation hergestellt wird. Krieg gibt es nicht, weil er schlicht ausgebrochen ist und man nun vor der blöden Alternative steht, mitzumachen oder von denen, die sich zum Mitmachen entschlossen haben, an die Wand gestellt zu werden, sondern weil die Mehrheit der Bevölkerung gar nichts am Inhalt des Friedens – der die Kriegsgründe liefert – auszusetzen hat. Krieg gibt es, weil die Bevölkerung die nationalen Kriegsgründe teilt, für die sie von ihren Politikern in den Krieg geschickt wird.

Wer gegen Krieg ist, muss sich daher mit dem Inhalt des Friedens auseinandersetzen, um den Kriegszweck richtig kritisieren zu können. Wen die weltweit wachsenden Militärhaushalte beunruhigen, muss die »vitalen Interessen« der Nationen hinterfragen und verstehen, warum sie nach innen wie nach außen ständig der gewaltsamen Sicherung bedürfen. Der muss sich mit den ökonomischen Grundlagen des »Wohlstands der Nationen« beschäftigen, die weltweit zu grenzenlosem Reichtum für eine Minderheit und erbärmlicher Armut für die Mehrheit der Bevölkerung führen.

Wer angesichts der Kriegsgräuereien Frieden fordert, kritisiert den kriegsträchtigen Inhalt des Friedens nicht. Wer gegen bestimmte Waffengattungen protestiert, ändert nichts an den Kriegsgründen. Wer von den Politikern fordert, den Frieden zu sichern, hat nicht verstanden, warum immer »zurückgeschossen« wird. Wer auf das Völkerrecht verweist, wird eines Besseren belehrt. Wer für den Frieden betet, wird nicht gehört.

Wer gegen die Kriegsbereitschaft mobilisieren will, muss verhindern, dass die Mehrheit der Bevölkerung bereit ist, für ihre Nation das eigene wie das Leben anderer zu opfern. Wer gegen Krieg ist, braucht Argumente gegen die Liebe zur Nation. Dazu empfehlen wir das Buch.

Hermann Lueer

Warum sterben täglich Menschen im Krieg?

Edition Octopus 2010, ISBN978-3-86991-237-0, 154 Seiten, 12,50 €



HERMANN LUEER

WARUM STERBEN TÄGLICH MENSCHEN IM KRIEG?

ARGUMENTE GEGEN
DIE LIEBE ZUR NATION



Nationalismus global

Der Ausländer und das Problem, das er darstellt

Überall gibt es Ärger mit den Ausländern – mehr als lange üblich: In Deutschland, Österreich, den USA, in Frankreich, das rumänische Roma deportiert, in England, wo eine British National Party Streiks gegen die Beschäftigung osteuropäischer EU-Bürger organisiert; in einer ganzen Reihe weiterer EU-Staaten, wo ausländerfeindliche Parteien Wahlen gewinnen. Immer wieder und immer massiver stören sich politische Parteien und Regierungen am Vorhandensein, an der Zahl oder der Verfassung von Bevölkerungsteilen, die als nicht dazugehörig identifiziert und vom Hauptvolk abgegrenzt werden. Diese Ab- und Ausgrenzung lebt von der Scheidung zwischen zwei Sorten von Menschen, welche niemand anderer als die Staatsmacht in die Welt setzt: Zwischen solchen, die zu ihr gehören, ganz und gar ihrer exklusiven hoheitlichen Gewalt unterworfen sind, also nicht umhinkommen, ihre Ansprüche zu bedienen – sie genießen als Inländer das interessante Recht, im Bereich dieser Hoheit leben zu dürfen. Und all denjenigen, die anderen Staaten angehören und im Land nichts verloren haben, es sei denn, der Staat hat besondere Gründe, ihnen den Aufenthalt dennoch zu gestatten – weil und solange die Fremden ihm von Nutzen sind. Ob und wann sie stören, hängt also auch nicht von ihnen ab.

1.

Staaten, die ihre kapitalistische Wirtschaft globalisiert haben, behandeln die Reichtumsquellen der ganzen Welt, über welche ihre ausländischen Konkurrenten gebieten, als Mittel der nationalen Bereicherung. Nicht nur Waren- und Kapitalmärkte, sondern auch fremdes Menschenmaterial, das als Arbeitskräftepotenzial interessant ist. Wenn das Wachstum auf dem Kapitalstandort, den die nationale Herrschaft kommandiert, es erfordert; wenn also die heimische Unternehmerrmannschaft Bedarf an bestimmten Sorten tüchtiger und preisgünstiger Arbeitermannschaften anmeldet oder gar insgesamt eine Knappheit an Arbeitskräften zu registrieren ist, welche die Löhne hochtreibt und das Wachstum beschränkt, dann öffnet die Regierung die Grenzen für Bürger fremder Länder, damit sie als mobile Reserve das verfügbare Arbeitskräftereservoir erweitern. Wenn sie genug von ihnen hat, sagt sie ‚Das reicht‘ und macht die Grenze dicht. Wenn, sei es wegen der erfolgreichen Freisetzung von Arbeitskräften durch den technologischen Fortschritt der Profitproduktion, sei es infolge einer Krise, zu viele da sind, haben sie ihre Schuldigkeit getan und werden wieder weggeschickt – Schikanen plus Rückkehrprämien sind gebräuchliche Methoden. Wenn sie auf Dauer gehalten werden sol-

len, dürfen großzügigerweise die Familien oder gewisse Teile derselben nachkommen, sofern sie sich an die kleinlichen, aber rechtlich einwandfrei beschlossenen Bedingungen halten, mit denen sie als Ausländer von und gegenüber den Inländern diskriminiert werden. Wenn sie sich nicht mehr nützlich machen, werden sie als lästige Kostenfaktoren behandelt und als soziale Last drangsaliert. Je mehr die Einwanderer sesshaft werden und je weniger das Kapital sie braucht, desto unhandlicher werden sie als die Manövriermasse, die man ins Land geholt hatte.

Über mangelnden Nachschub an armen und verarmten, also billigen und willigen Bewerbern brauchen sich Westeuropa und Nordamerika, die Zentren des Weltkapitalismus, nicht beklagen; anatolische Bauern müssen nicht mehr angelockt werden. Der geschäftliche Zugriff auf die ganze Welt hat für massenhaft Leute das Leben in ihren Geburtsländern unmöglich gemacht. Der Ruin der traditionellen Lebensbedingungen, den die überlegene Konkurrenzmacht der westlichen Konzerne auf dem Globus anrichtet, sorgt schon dafür, dass selbst die elendsten Löhne ein attraktives Angebot für Afrikaner, Latinos, Ost- und Südeuropäer etc. sind und bleiben. Diese Elendsflüchtlinge sind auf jeden Fall zu viele, sie stören bloß. Also werden sie vom nationalen Territorium ferngehalten, inzwischen mit allen Mitteln der militärischen Grenz-

sicherung. Wenn bei dem Versuch, Mauern, Stacheldrähte und Mee-re zu überwinden, jährlich Tausende sterben, so spricht das nur dafür, die abschreckende Grenzsicherung zu perfektionieren – dann braucht es auch keine inhumanen Auffanglager mehr in Griechenland und anderswo, jedenfalls nicht innerhalb Europas. Die nicht Wenigen, die es dennoch über die Grenze schaffen, werden je nach herrschaftlichem Kalkül mal eine Zeitlang geduldet, denn als „Papierlose“, d.h. illegale Existenzen sind sie für ehrenwerte heimische Geschäftsleute besonders attraktiv; wenn sie Glück haben, werden sie sogar auf Zeit oder dauerhaft legalisiert; oder sie werden aufgespürt, als Verbrecher kaserniert und deportiert.

Während sie die Ärmsten der Armen, die ein Überleben suchen, mit aller Gewalt fernhalten, können die kapitalistischen Hauptmächte von einer speziellen Sorte Einwanderern gar nicht genug kriegen: Untereinander konkurrieren sie darum, aus dem globalen Pool von Wissenschaftlern und Spezialisten bis hinunter zum qualifizierten Mittelbau möglichst viele auf ihr Territorium zu ziehen und ihrer Ökonomie als human capital verfügbar zu machen. Leute, von denen man sich technologische Vorsprünge oder wenigstens Beiträge zur Produktivität des Standorts verspricht, sollen mit attraktiven Angeboten geworben werden und unbürokratisch zuwandern können, damit „Wir“ nicht zum „Mig-

rationsverlierer“ werden. Zur globalisierten Republik gehört es eben auch, anderen Staaten die Elite zu klauen und deren Ausbildungsleistungen aufs eigene Wachstum umzulenken.

Wieder andere Ausländer werden aus politischen Gründen ins Land gelassen und bekommen einen entsprechenden Rechtsstatus verpasst. Gern gesehen sind bisweilen „Dissidenten“, die in einem zum Feind erklärten Land verfolgt werden. Ihnen gewährt man Asyl, um den Unrechtscharakter des dortigen Regimes zu unterstreichen. Andere kommen aus Kriegs- oder Bürgerkriegsregionen, in denen die eigene Nation militärisch involviert oder an denen sie „vital“ interessiert ist. Einigen Exemplaren von der menschlichen Basis der Kriegspartei, auf die man setzt, wird erlaubt, sich vor dem Töten und Sterben in Sicherheit zu bringen. Mit solch humanitären Aktionen macht der Staat sich als Schutzmacht für die unterstützten politischen Kräfte geltend. Den (Bürger-)Kriegsflüchtlingen bietet er Aufenthalt, solange es in seine imperialistischen Berechnungen passt. Samt der nötigen Vorschriften, versteht sich, etwa mit einem Arbeitsverbot, um ein Sesshaftwerden zu verhindern. Das macht dann die Last besonders drückend, die die Existenz der Flüchtlinge für den Staatshaushalt darstellt. Sobald die Regierung beschließt, der Krieg ist erledigt, oder auch nur das Interesse an ihm verliert, ist auch diese Ausländerkategorie, die der politischen Flücht-

linge, nur noch ein Problem. Seine Lösung steht fest. Als ehemals nützliche menschliche Instrumente der nationalen Außenpolitik werden sie in ihr zerstörtes Bürgerkriegsland zurückexpediert, egal was sie dort an Elend oder Verfolgung erwartet. Denn das ist ihre Heimat, in die sie doch wohl zurück wollen, oder?!

So sortieren politische Gewalten die Ausländer der Welt: entweder sich zu oder aus – je nach der nützlichen oder schädlichen Rolle, die sie ihnen zuschreiben. Sie behandeln sie als menschliche Manövriermasse, als globale Ressource ihrer ökonomischen und politischen Macht. Und sie betrachten es als Privileg, das sie vergeben, wenn sie fremden Bürgern das Recht einräumen, innerhalb ihrer hoheitlichen Grenzen zu leben und – das gilt erst recht als eine Gnade – bei ihnen arbeiten und sogar die Staatsbürgerschaft erwerben zu dürfen. Derjenige, der bleiben darf, muss sich den Status verdienen, der ihm – unter ständigem Vorbehalt – gewährt wird. Er muss allen Ansprüchen des „Gastlandes“ genügen; und ob bzw. wie lange er das tut, entscheidet nicht er. Klar ist in jedem Fall eines: Einwanderer müssen mit allen Existenzbedingungen zurechtkommen, die ihnen diktiert werden; wie sie das machen, das ist – wie stets in der freien Gesellschaft – ihre Privatsache. Sie müssen zurechtkommen, denn Scheitern bedroht nicht nur Einkommen und sozialen Status, sondern gleich das Recht

zu leben, wo sie leben. Wenn sie alle Anforderungen auf die Art bewältigen, wie es Einwanderer seit je tun, ist es auch wieder nicht in Ordnung: Sie ziehen in Stadtviertel, wo schon andere ihrer Nationalität leben, halten untereinander zusammen, betreiben eine inoffizielle Ökonomie in den eigenen Reihen und pflegen in der Diaspora die Sitten der alten Heimat. Damit schaffen sie das nächste Ärgernis: Sie bilden eine „Parallelgesellschaft“.

2.

Der Vorwurf ist ein Witz. Die kapitalistische Nation besteht aus lauter Parallelgesellschaften, die untereinander wenig soziale Gemeinsamkeiten haben und kultivieren. Wann verkehren schon die wirklich Reichen mit Normalverbrauchern, wo trifft sich das akademische Unterhaltungsbedürfnis mit dem Zeitvertreib des Proletariats oder das Landvolk mit der Schwulenszene? Bei all den gegeneinander mehr oder weniger abgeschotteten Subkulturen steht für die Obrigkeit eines allerdings fest und wird gar nicht erst thematisiert: die Zuordnung zur eigenen Nation. Für genau die garantiert die Gemeinde der Ausländer nicht, auch wenn so mancher von ihnen inzwischen einen inländischen Pass vorzeigen kann. Ihr Anderssein begründet ein Misstrauen, das sich nicht erst rührt, wenn politische Illoyalität der Einwanderer gegenüber Gesetzen des Landes, seinen außenpolitischen Bündnissen, Feindschaften und Kriegen gefürchtet wird. Der

Anspruch reicht weiter. Die Migranten stehen im Verdacht, nicht zuverlässig „Amerika“, „Deutschland“ oder „Österreich“ zu denken, wenn sie „Wir“ sagen. Womöglich buchstabieren sie Heimat immer noch anders und adressieren ihre Hoffnungen und Sorgen nicht automatisch und zuerst an die Staatsmacht, deren Gesetzen sie gehorchen; womöglich übersetzen sie Unzufriedenheit nicht in den Vorwurf schlechten Regierens und in die Sehnsucht nach besserem. Den Eingewanderten traut die Staatsmacht die fundamentale nationale Politisierung nicht zu, die sie bei ihren Eingeborenen wie eine natürliche Eigenschaft voraussetzt, die diese mit der Muttermilch eingesogen haben. Einerseits untergräbt die globalisierte Republik das borniert überkommene Zusammengehörigkeitsgefühl des völkischen Kollektivs, wenn sie sich ihre Bevölkerung aus aller Welt zusammenholt, andererseits verlangt sie von alten und neuen Landesbewohnern genau diese allem Denken und Wollen vorausgesetzte Parteilichkeit für Volk und Staat. Das ist der Inhalt des kategorischen Imperativs der „Integration“, den die Politiker erlassen. Menschen unter ihrer Hoheit haben ihre ganze Individualität über die Zugehörigkeit zu dem Staat zu definieren, in den es sie verschlagen hat. Dass sie das auch tun, können die Zugereisten der miss-trauischen Obrigkeit durch bewusste und gewollte Dokumente ihrer Anpassungsbereitschaft prinzipiell nicht beweisen. Mit der fremden Sprache,

die sie untereinander sprechen, sowie mit jedem Rest von Sitten, Trachten, Lebensstilen ihres Herkunftslandes zeugen sie vielmehr von einer abweichenden, fremden Identität. An welchen Indizien die unerträgliche Randständigkeit jeweils dingfest gemacht und entlarvt wird, das lässt sich die Politik gerne von den Urteilen vorgeben, die im Volk so kursieren.

3.

Auf dessen Ausländerfeindlichkeit ist nämlich Verlass. Sie ist Konsequenz der nationalen Identität, zu der sich die vom Staat zusammengezwungene Klassengesellschaft bekennt. Deren Insassen stellen dieses Verhältnis auf den Kopf und verstehen sich als Menschen-Kollektiv, dem die Staatsmacht dient und dessen Wohl zu mehren ihre ganze Rason ist. Die Ausländer sind aus diesem Kollektiv von vorneherein ausgeschlossen; denn sie sind ja keine Inländer, denen der Schutz des Staates gebührt. Vielmehr muss das einheimische Kollektiv sein Wohlergehen ja gegen den Egoismus und die nationalistischen Umtriebe anderer Staaten und Völker verfolgen und verteidigen. Das Volk, vor allem das in seinem Erwerb stets bedrohte Arbeitsvolk, versteht seine Zugehörigkeit zu seinem Staat als ein Privileg und eine Sicherheitsgarantie, wenn schon nicht vor den Geschäftskalkulationen der Arbeitgeber, so doch vor fremden Konkurrenten, denen dasselbe Privileg nicht zusteht. Auch wenn die Ausländer die niedrigsten und am

schlechtesten entlohnten Tätigkeiten verrichten, steht fest, dass sie „uns“ ausnutzen, weil sie in „unserem“ Land ihren Vorteil suchen. Generell belastet es das Vertrauensverhältnis der Volksangehörigen zu ihren Politikern, dass die es Ausländern erlauben, sich im Land aufzuhalten und den Einheimischen Arbeits- und Kindergartenplätze, Wohnungen und sonst noch was wegzunehmen. Amtsträger geraten da in den Verdacht der Untreue gegenüber ihrem Volk.

4.

Die Politik benutzt und lenkt dieses Ressentiment, indem sie darauf eingeht. Es gilt ihr als ehrenwerter Standpunkt und als ein gutes Recht des Volkes, das sie nicht zurückweist, von dem sie ihre global ausgreifende Bevölkerungspolitik aber auch nicht stören lässt. Dass „Deutsche zuerst!“ drankommen, sagen nur rechtsradikale Parteien, praktisch rechtfertigt sich alle Politik vor diesem Maßstab. Was immer der Staat im Umgang mit Einwanderern für nötig hält, was er ihnen an Diskriminierung antut, an Sonderprüfungen ihrer Loyalität abverlangt und an Sonderaufsicht zumutet, alles präsentiert er den Alt-Eingesessenen als Dienst an ihnen und kann sich ihrer Zustimmung zu jeder Gemeinheit sicher sein. Wenn er Bedarf danach verspürt, kann er die Aggression des Volkes gegen beliebige national und ethnisch definierte Bevölkerungsgruppen richten und sich dann mit der Bewältigung der Spannungen

und der Beseitigung ihrer Ursachen beauftragen. Wenn er es für opportun befindet, kommt die Bestätigung des nationalistischen Ressentiments – „Wir“ brauchen die Ausländer und sie nützen „uns“ doch auch! – mächtig daher; so sollen undifferenzierter Hass und eigenmächtige Übergriffe auf die Fremden gebremst werden.

5.

Anders verhält es sich mit der offiziellen Ausländerfeindlichkeit, die im letzten Jahrzehnt in den westlichen Staaten entstanden ist und sich auf eine Kategorie von Migranten richtet, die gar nicht durch die Zugehörigkeit zu einer anderen Nation als fremd identifiziert werden, sondern durch ein Glaubensbekenntnis. In Frankreich trifft es die Nordafrikaner, in England die Pakistani, in Deutschland die Nachkommen der türkischen Gastarbeiter, die früher alle als Angehörige ihrer jeweiligen Nation wahrgenommen und auch schon ekelhaft genug behandelt wurden; heute verschmelzen diese Nationalitäten in der Figur des Moslems. Seine Religion ist die störende Andersartigkeit, die eine Integration erschwert oder verhindert. Den Islam lassen die Länder der Religionsfreiheit nicht als Privatsache gelten, jedenfalls nicht so einfach wie andere Religionen. Sie bezweifeln, dass dieser Glaube sich darauf beschränkt, brave Privatreligion zu sein, die man keinem nehmen will, und hegen den Verdacht, dass er doch mehr, nämlich praktisch-politischer, mit den

westlichen Verhältnissen unverträglicher Wille ist.

Die Charakterisierung dieser Religion trägt Züge eines Feindbilds. Man erfährt über sie nichts als die Liste ihrer Verstöße gegen Modernität und Freiheit. Erstens hat der Islam die schmerzhafteste Aufklärung versäumt, die dem Christentum so gut tut; er ist buchstabengläubig, intolerant und tötet. Zweitens – das leistet die Trias: Kopftuch, Zwangsehe, Ehrenmord – hat Mohammed im 7. Jahrhundert die Unterdrückung der Frau verordnet, die bei uns seit ein paar Jahrzehnten offiziell nicht mehr erlaubt ist. Freie Denker vertiefen sich begeistert in die verkehrte Religion und tragen mit Koranstudien und Islamwissenschaft zur kritischen Prüfung und dadurch zur Objektivierung des Feindbilds bei. Im Ergebnis wird die Ausgeburt der fremden religiösen Phantasie unter die Kategorie Verbrechen und Unterdrückung subsumiert; ein Urteil, das seinerseits die Unterdrückung der üblen Gesinnung nötig und gerechtfertigt erscheinen lässt. Der Islam verdient, wenn nicht gleich Verfolgung, so doch das Misstrauen, das der Westen ihm entgegenbringt.

Auch in diesem Fall rechtfertigt das Feindbild eine politische Feindschaft, die andere Gründe hat als die moralische Ablehnung der fremden Moral. Allerdings handelt es sich schon um eine ungewöhnliche Feindschaft, wenn im 21. Jahrhundert eine Religion das Bild des Feindes bestimmt:

Die USA, Deutschland und die meisten EU-Staaten führen Krieg gegen den „islamistischen Terror“, sie haben dafür nach dem 11. September 2001 den Nato-Verteidigungsfall ausgerufen. Sie kämpfen in Afghanistan, aber nicht gegen Afghanistan. Sie kämpfen dort, in Pakistan, Somalia, im Jemen und wo auch immer sie Nester von Al Kaida und Gesinnungsgenossen wissen oder vermuten. Der Feind ist nicht ein Staat, sondern eine radikale Bewegung und politische Kräfte, die ihnen eine Heimstatt geben. Die aktuellen Objekte der Feindschaft der westlichen Nationen, ihre Unverträglichkeit mit der durchgesetzten Weltordnung des Kapitals, sind also nicht staatlich definiert, sondern als nicht-staatliche Terroristen, die ihre radikalen Motive dem Islam entnehmen. Die Feindschaft der Weltordnungsmächte schließt also die islamische Region mit ein, sofern diese als Nährboden und Waffe der Gegner identifiziert ist. Am Hindukusch begründen die Taliban ihren anti-amerikanischen und antiwestlichen Kampf mit dem Islam; und der Westen begründet das Engagement für seinen Statthalter Karzai mit dem Kampf gegen den Islamismus, gegen die Burka und für Mädchenschulen. Die Kritik an der Religion, die antiwestliche Radikalisierung nicht zuverlässig verhindert, rechtfertigt jedes Zuschlagen der zivilisierten Staatenwelt.

Andererseits richtet sich deren Kampf auch wieder nicht gegen den Islam; man hütet sich, sich die ganze islami-

sche Welt von Marokko über Bosnien bis Indonesien zum Feind zu machen. Feind ist „bloß“ der politische Islam, der Aufstand gegen die westliche Penetration und Dominierung des Morgenlandes. Es ist bezeichnend, dass führende Politiker sich immer wieder zu Klarstellungen genötigt sehen: Die USA, so versichert Präsident Obama, befinden sich nicht im Krieg mit den Moslems; auch der Islam gehöre heute zu Deutschland, setzt der deutsche Bundespräsident hinzu. In ihren Dementis geben sie zu erkennen, wie fest das Feindbild sitzt, welches sie und ihre freie Öffentlichkeit in einem Jahrzehnt des Antiterrorkrieges etabliert haben. Sie geben sich große diplomatische Mühe, ein Feindbild zu differenzieren, was der Natur eines solchen im Grunde widerspricht. Ein unmenschliches Monster hat schließlich nicht böse und gute Seiten.

Das Ringen der Staatsmänner um die (Unter-)Scheidung von eigentlich tolerierbarer islamischer Religion und fundamentalistischem Verbrechen bekommt die eingewanderte islamische Bevölkerung in Amerika und Europa zu spüren. Die Moslems mit dem Migrationshintergrund werden zu Opfern des ebenso unverzichtbaren wie um selektive Anwendung bemühten Feindbilds. Und das nicht erst, wenn man die Moscheen verdächtigt, Rekrutierungsfeld und Rückzugsraum von Al Kaida zu sein.

Weltmarkt und Weltmacht

Von der globalisierten Zivilgesellschaft und ihrer antiterroristischen Kriegskultur

Kriegsgründe entstehen im Frieden; wann sonst. Umgekehrt ist Frieden der "Zustand", den Kriege herstellen und der ohne Kriegsfähigkeit und -bereitschaft gar nicht zu haben ist. Das wussten schon die alten Römer; und nach deren Grundsatz – "Si vis pacem, para bellum!" – handelt noch im 21. Jahrhundert die NATO, wenn sie sich dazu verpflichtet, zwecks Sicherung des Weltfriedens jederzeit zu nicht weniger als sechs Militäreinsätzen gleichzeitig – zwei größeren Kriegen à 60 000 Mann und bis zu vier kleineren mit 20-30 000 Mann Kampftruppen – fähig und bereit zu sein.

Gewandelt haben sich im Laufe der Zeit freilich nicht bloß die Dimensionen, in denen die zuständigen Strategen denken und handeln. Dass die Großmächte heute für nichts Geringeres als den Weltfrieden verantwortlich sein wollen, keinen bewaffneten Konflikt unbeaufsichtigt lassen, überall eingreifen können und sich das nach eigenem Ermessen auch vorbehalten, das hat – um das Wenigste zu sagen – "damit zu tun", dass sie einen wirklich weltumspannenden Kapitalismus zustande gebracht haben und in ihrem ökonomischen Bestand von dem Nutzen abhängen, den sie aus dieser kapitalistisch erschlossenen Welt her-

auswirtschaften. Eine so existenzielle Abhängigkeit schließt für die großen Nutznießer die Notwendigkeit ein und ist für deren Regierungen gleichbedeutend mit dem Gebot sicherzustellen, dass die politischen Machthaber in aller Welt die Beteiligung am globalen Geschäftsleben als sachliche Grundlage, wesentlichen Inhalt und verbindlichen Leitfaden ihrer Herrschaft anerkennen, und dafür zu sorgen, dass keiner aus der Reihe tanzt. Auf die Sachzwänge des Weltmarkts, die nach Auffassung moderner Globalisierungstheoretiker selbst die mächtigsten Staaten zu ohnmächtigen Erfüllungsgehilfen der Übermacht ökonomischer Verhältnisse degradiert haben, verlassen sich die maßgeblichen Weltpolitiker dabei mitnichten. Für deren praktischen Verstand ist klar genug, dass die härtesten Sachzwänge und die Gebote der marktwirtschaftlichen Vernunft erst und nur dann greifen, wenn und solange eine souveräne Staatsgewalt zum Mitmachen entschlossen ist und ihre Gesellschaft auf marktwirtschaftliches Geldverdienen als Überlebensmittel festlegt. Dann steckt freilich in jedem marktwirtschaftlichen Sachverhalt ein Zwang, und alle Momente des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sind Ansatzpunkte, um die

Privatmacht des Geldes und die Vollmachten seiner Schöpfer erpresserisch geltend zu machen. Doch um so, in den geordneten Bahnen geschäftlicher Erpressungsmanöver, miteinander und mit der ganzen Welt umspringen zu können, bedürfen die kapitalistischen Führungsmächte eines Arguments, das die höchsten Gewalten, die in letzter Instanz nur ihre eigene, nämlich die "Sprache der Gewalt" verstehen, von der Alternativlosigkeit einer Entscheidung für das kapitalistische Weltsystem, von der Zuständigkeit der Großen für Ordnung und Sicherheit des globalen Geschäftsgangs und von der Unerlässlichkeit "guter Regierung" nach demokratisch-marktwirtschaftlichem Vorbild überzeugt. An der Notwendigkeit unwidersprechlicher Gewalt gibt es keinen Zweifel, weil verantwortliche Ordnungspolitiker immer irgendwelche Störenfriede kennen, gegen die ihre friedliche Geschäftsordnung verteidigt werden muss. Jahrzehntlang war es die Sowjetmacht mit ihrem Sozialistischen Lager, an der der Universalismus der Freiheit des Eigentums und seiner Sachzwänge sich gebrochen hat und gegen die folglich Ordnung und Frieden verteidigt werden mussten; zur heute erreichten Globalisierung der marktwirtschaftlichen Idylle hat es nicht weniger als einen langjährigen Kalten Krieg mit beständig perfektionierter atomarer Vernichtungsdrohung und vielen regionalen Nebenkriegsschauplätzen gebraucht. Das Weltkriegssystem, das die Führungsmacht

der Freien Welt zu diesem Zweck mit ihrer Rüstung und vermittels eines Netzes von Bündnissen auf die Beine gestellt hat, ist mit dem Triumph über die große systemwidrige Ausnahme bekanntlich keineswegs überflüssig geworden, vielmehr seiner eigentlichen Bestimmung näher gekommen: Nicht mehr gelähmt durch "Gegenabschreckung" und "atomares Patt", konfrontiert "der Westen" die Welt mit seinem Willen und seiner Fähigkeit zu totaler militärischer Abschreckung, beglaubigt beides durch Drohungen und "asymmetrische" Kampfeinsätze gegen wirkliche und potenzielle Abweichler wo auch immer auf der Welt; und die herkömmliche Unterscheidung, die klare Scheidung zwischen Kriegszustand und Frieden wird hinfällig. Die hochgeschätzten Regeln der freien Konkurrenz auf dem Weltmarkt treten und bleiben nämlich nur in Kraft, wenn ununterbrochen kleine und große Sicherheitsfragen gewaltsam gelöst werden. Dann, auf der Grundlage ständiger Militäreinsätze, ist die gewaltfreie Nutzung dieser Regeln im ökonomischen Verkehr zwischen den Nationen aber auch garantiert – eine Nutzung, die bekanntlich einiges an Erpressungspotenzial zur Geltung bringt und ebenso merkwürdige Abhängigkeiten wie eine auffällige Verteilung des Reichtums stiftet.

Dieser schöne Erfolg des freiheitlichen Imperialismus hat freilich einen Haken: Er untergräbt die Kooperati-

on, zu der die kapitalistischen Großmächte sich in der Konfrontation mit dem gemeinsamen großen Feind in Moskau haben nötigen lassen. Schon im Kalten Krieg, für den die USA ihre europäischen und anderen Verbündeten gebraucht und funktionalisiert und in dem die umgekehrt Amerika als Schutzmacht für ihre nationalen Belange in Anspruch genommen haben, sind Aufwand und Ertrag der gemeinsamen Sicherheitspolitik von allen Beteiligten beständig äußerst kritisch überprüft worden: der Aufwand nicht bloß an Geld für Rüstung, sondern an Bündnisdisziplin, an Rücksichtnahme auf die Partner, an Verzicht auf Eigenmächtigkeiten und Exklusivrechte – immerhin war es mit den Kolonialreichen der zwei westeuropäischen Siegermächte auch deshalb vorbei, weil die neue amerikanische Weltordnung dafür keine Verwendung mehr hatte –; auf der anderen Seite der Ertrag an Freiheiten des Konkurrierens und des geschäftlichen Zugriffs, an politischem Einfluss auf die Alliierten und überhaupt an strategischer Bedeutung usw. Der Ausgang der entsprechenden von Argwohn geprägten, auf Statusverbesserung gerichteten Revisionsbemühungen der Verbündeten ist seit der Selbstauflösung der Sowjetmacht nicht mehr durch die gemeinsame Weltkriegsoption vorentschieden: Alle Beteiligten kalkulieren neu. Den Kollateralnutzen, den ihre Kriegsallianz für sie abgeworfen hat: die gemeinsame Kontrollmacht, die Kompetenz zur Bevormundung

anderer Souveräne, die Verpflichtung der Partner auf Entgegenkommen, die Freiheit, die ganze Welt als ökonomisches Betätigungsfeld mit Beschlag zu belegen – den mögen sie allesamt nicht missen; zu einer Aufteilung des Globus in exklusive Einflussphären will kein moderner Imperialist zurück. Andererseits sind alle, die Führungsmacht ebenso wie ihre Alliierten, überhaupt nicht zufrieden mit dem erreichten Stand nationaler Kontrollmacht, mit den Erfolgsperspektiven der nationalen Wirtschaft, mit den politischen und ökonomischen Erträgen des Weltfriedens und den politischen und finanziellen Unkosten des dafür nötigen universellen Abschreckungsregimes; was die USA an strategischen und materiellen Diensten von den andern Großmächten verlangen, deckt sich weder mit deren Benutzungsinteressen und Machtansprüchen noch mit deren Willen, von der amerikanischen Weltmacht als gleichrangiger Kontrahent respektiert zu werden; beide Seiten ringen um Korrekturen; das zersetzt den politischen Einigungswillen, auf dem die gewohnte friedliche Austragung der Konkurrenz der Nationen beruht und den keine der verantwortlichen Mächte kündigen will. So funktioniert Imperialismus heute.

Ein ausführlicher Artikel zum Thema ist nachzulesen in der politischen Vierteljahresschrift:

"GegenStandpunkt" Nr. 3-06

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

2-11

Zum Auftakt des Jahres 5 der Weltfinanzkrise

Imperialistische Geldsorgen

Die USA kämpfen gegen den ökonomischen Abstieg

Die Rettung des Euro

Krieg in Libyen

Regime-Change durch die NATO –
Streitfall für die Weltaufsichtsmächte

Das Lebenswerk Gaddafis: Der Missbrauch von Petrodollars
für Anti-Imperialismus und islamischen Sozialismus

Der Super-GAU in Fukushima

und die Berechnungen kapitalistischer Energiepolitik

Heinz Dieterichs „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (2)

Die Lehre aus dem gescheiterten Realsozialismus

Atomkatastrophe in Japan: GAU und Geist · Die Causa Guttenberg und die „scientific community“ · Ethikkommission für eine „Energiewende mit Augenmaß“: Glaubwürdigkeit durch regierungsamtliche Rechthaberei · „Humanitäre Aktion“ für Libyen: Ein selten schöner Krieg! · „Ich bin in erster Linie meinem Land verpflichtet!“ (Kretschmann, Grüner Landesvater) · Bootsflüchtlinge aus Tunesien: Von den Segnungen der Freiheit · Märchenhochzeit in Großbritannien: Festtage des politisierten Gemüts · USA erledigen Usama bin Ladin: Triumph und Nutzen gerechter Gewalt · Papst Wojtyla seliggesprochen – zu früh, zu schnell?

USA erledigen Osama bin Laden Triumph und Nutzen gerechter Gewalt

Anfang Mai fliegt eine amerikanische Eliteeinheit mit Hubschraubern von Afghanistan aus nach Pakistan, überfällt

das pakistanische Versteck Usama bin Ladens, tötet ihn und versenkt die Leiche ruckzuck im Meer. Ab da beginnt eine Aufbereitung dieses kleinen Blutbades, die beeindruckt: Von der mitternächtlichen Rede des Präsidenten angefangen; über die Veröffentlichung des Fotos, das die tatkräftigen Männer und Frauen aus dem engsten politischen und militärischen US-Führungskreis bei der Live-Übertragung der Kommandoaktion zeigt; über das gezielte Durchsickern-Lassen aller möglichen Details der Aktion und ihrer Vorbereitung bis hin zur anonymen Auszeichnung der an der Aktion beteiligten Navy-SEALS: Die Öffentlichkeit bekommt die Militäraktion in einer Weise inszeniert und serviert, die jedes Klischee eines Hollywood-Actionfilmes erfüllt. Das kommt an. US-Patrioten verstehen die Botschaft ihres Präsidenten schon mit dem ersten Satz und beginnen, noch während der Präsident redet, im ganzen Land eine gigantische Freudenfeier. Offenbar haben diese amerikanischen Bürger den Führer einer Truppe, die sich dem Krieg gegen die USA verschworen hat, zu ihrem persönlichen Feind erklärt. Diese Truppe hatte es vor bald zehn Jahren geschafft, den USA mit-

tels entführter Flugzeuge anderthalb Zentren und Symbole ihrer Militär- und Finanzmacht kaputt zu machen. Dem Grad der Genugtuung, die sich nach dem Tod des Al-Qaida-Anführers in allen intellektuellen und ganz bodenständig besoffenen Formen ausstößt, ist zu entnehmen, wie tief die Beleidigung gesessen hat, die Amerika und alle seine Patrioten darüber empfunden haben. Dass erstens überhaupt jemand auf die Idee kommt, zweitens praktisch versucht und es ihm drittens auch noch gelingt, einen echten quasi-militärischen Schlag gegen die Supermacht auf ihrem eigenen Territorium zu führen – das ist freilich eine Demütigung für den amerikanischen Supermachtsstolz, der die globale Überlegenheit amerikanischer Vernichtungsmacht mit der moralischen Güte ihrer „Mission“ identifiziert und in das Recht Amerikas übersetzt, bei allen Kriegen, die es auf der Welt führt, im wörtlichen Sinn unverletzbar zu bleiben. Für amerikanische Patrioten passt es daher bruchlos zusammen, das Recht amerikanischer Militärmacht auf überlegenes Kriegführen auf dem Globus zu fordern und zu feiern und das für so grundgut und von jedem Erdenbürger geteilt zu halten, dass sie sich – z.B. nach 9/11 – allen Ernstes und völlig fassungslos fragen, woher in aller Welt diese Feindseligkeit gegen Amerika kommt. Und

darum hat zwischen die Führung der USA und ihr Volk auch noch nie ein Blatt Papier bezüglich dessen gepasst, dass die Anschläge vom September 2001 und das anschließende zehnjährige „Versteckspiel“ des Anführers von Al-Qaida ein unerträgliches Unrecht waren – und damit zugleich eine einzige Herausforderung an die USA, ihre Gewalt dafür einzusetzen, es zu sühnen. Diese Rache ist der Weltmacht jetzt gelungen und damit haben ihre Patrioten die Gelegenheit, die dafür unternommene Militäraktion in all der Verrohtheit zu genießen, die dazugehört: Für wen amerikanische per definitionem gerechte Gewalt ist, für den ist die Gewalt dann auch das unmittelbar empfundene Vergnügen am Vollzug der Gerechtigkeit. Die Kritik daran, dass Amerika sich so überschwänglich an seiner überlegenen Gewaltausübung zwecks Sühne des größten anzunehmenden Unrechts berauscht, bleibt einerseits nicht aus, erfüllt andererseits aber den Tatbestand geschmäcklerischer Nörgelei: Wer dem US-amerikanischen Patriotismus mangelnde Zivilisiertheit vorwirft, wer ob der Verletzung so mancher geschriebener oder ungeschriebener Gesetze des Völkerrechts oder der islamischen Religion bedenklich mit dem Kopf wackelt, der ignoriert nämlich, welches Subjekt hier zugeschlagen und nicht nur dem eigenen Volk, sondern dem ganzen Rest der Welt mal wieder eine Botschaft übermittelt hat. Zum Status einer militärischen Supermacht, die für sich beansprucht, die

einzigste zu sein, gehört solche Form der Gewaltausübung nämlich dazu, ja darin besteht geradezu, was die USA von ihren Konkurrenten und Feinden unterscheidet: Sie üben ihre Gewalt überall auf dem Globus nicht nur mit totaler Überlegenheit aus, sondern als das sich selbst zugesprochene Recht, unter das die anderen sich zu beugen haben. Ihre Überlegenheit über Gegner wie al-Qaida halten die USA an diesen als deren Terrorismus, also deren völlige Rechtlosigkeit und Unwürdigkeit fest. Und letztere praktizieren sie als die Vogelfreiheit von deren Führern und Aktivisten, die über den ganzen Globus gejagt und – nicht besiegt, sondern: – zur Strecke gebracht werden, also nirgendwo, d.h. in keinem souveränen Staat der Erde mehr sicher sind. Damit ist umgekehrt kein souveräner Staat mehr vor der amerikanischen Strafgewalt sicher, wenn er an deren Terrorismusverdikt Bedenken anmeldet oder diese gar praktisch vollzieht. Das ist die bleibende Basis und Bedingung für alles, was die USA an Anerkennung anderer Staaten und zivilem Umgang mit ihnen einzugehen bereit sind. So funktional ist die rücksichtslos rächende Gewalt für den Imperialismus der USA.



"Arbeit muss sich wieder lohnen!" Nach 5 Jahren Hartz IV - Neuer Reformbedarf auf dem Weg Deutschlands in das Ausbeutungsparadies "Billiglohnland"

"Kirgisen gegen Usbeken" - Mörderisches Volk?

"A threatended way of life" oder: Eine Ölkatastrophe als Systemfrage



Die Sache mit dem Dummeits-Gen, der Plan von Sarrazin zur Rettung wertvoller deutscher Volkssubstanz und warum Politiker ihn nicht kritisieren können

Götz Werners bedingungsloses Grundeinkommen gegen Armut und Arbeitslosigkeit - Sorgen um den rechten Geist des Kapitalismus



Gutenberg und der Ufug der Privatisierung von Erkenntnis

Sabine Czernys "Was wir unseren Kindern in der Schule antun:..." rezensiert!

AKWs: Der Ausstieg aus dem "Einstieg in den Ausstieg"

Diese und ältere Ausgaben der **com(p)act**, Audio-
mitschnitte von Vortragsveranstaltungen, Texte,
Informationen zu aktuellen Vortrags- und
Diskussionsveranstaltungen im Internet unter:

pg.blogsport.de

Fragen, Anregungen und Kritik an: Politische Gruppe Erfurt/Jena
www.pg.blogsport.de / politische.gruppe@gmail.com